

29.

ÖFFENTLICHE

SITZUNG

DES

GEMEINDERATES

DER

MARKTGEMEINDE RAINBACH

I.M.

OBERÖSTERREICH

ZEIT: **Donnerstag, den 07. November 2013**

ORT: **Rainbach i.M., Prager Straße 5, Amtsgebäude
Sitzungssaal, 2. Stock**

BEGINN: **20.00 Uhr**

ENDE: **22.10 Uhr**

VORSITZ: Bürgermeister Friedrich Stockinger

SCHRIFTFÜHRER: Amtsleiter Otto Elmecker

ANWESEND: Vize-Bgm. Gerhard Pühringer
GV Richard Röbl
GV Mag. Gottfried Blumauer
GR Josef Ettlstorfer
GV Franz Stockinger
GR Alois Elmecker
GR Herbert Deibl
GR Friedrich Blöchl
GR Andreas Friesenecker
GR Johann Wiesinger
GR Alois Aufreiter
GR Andreas Stumbauer
GR Martina Stumbauer
GV Walter Pilgerstorfer
GR Tanja Biberhofer
GR Gottfried Pirklbauer
GR Dietmar Dienstl
GR Nina Hackl
GR Alois Affenzeller
GR Harald Zillhammer

ENTSCULDIGT FERNGEBLIEBEN:

GR Monika Böhm
GR Johann Rudlstorfer
GR Andreas Reindl
GV Wolfgang Koller
GRE Elisabeth Gebauer
GRE DI Dr. Peter Winklehner

ANWESENDE ERSATZMITGLIEDER: GRE Erwin Gruber
GRE Christian Blöchl
GRE Sandra Koller

UNENTSCULDIGT: GRE Dietmar Greul

Bürgermeister Friedrich Stockinger

begrüßt die anwesenden Gemeinderats- und Ersatzmitglieder, den Schriftführer, den Kassensführer, 20 Zuhörer und eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr.

Der Vorsitzende stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm am 31. Oktober 2013 einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß dem vorliegenden Einberufungsnachweis an alle Mitglieder des Gemeinderates erfolgt ist und am gleichen Tage durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht wurde und
- c) der Gemeinderat beschlussfähig ist, nachdem weitere 23 Gemeinderatsmitglieder anwesend sind.

Das Protokoll der 28. Gemeinderatssitzung vom 19. September 2013 wurde den Fraktionen am 16. Oktober 2013 ausgehändigt (per E-Mail).

Anfragebeantwortung (gemäß § 11 der Geschäftsordnung für Kollegialorgane)

Bürgermeister Friedrich Stockinger

In der letzten GR-Sitzung wurde eine schriftliche Anfrage der SPÖ Rainbach i.M. an mich bezüglich S 10-Ausbau (Nordabschnitt) mit folgendem Wortlaut gestellt:

In der August-Gemeindezeitung schreibst Du, dass Du bereits im Mai von LH-StV. Hiesl über den Stand der S 10 informiert wurdest. Am 04. Juli war auf Dein Betreiben hin Ing. Lechner von der ASFINAG in Rainbach.

Er verliest die einzelnen Punkte der Anfrage und beantwortet diese gleich:

1. Warum erfahren die Gemeindevertreter davon erst am 09. August aus der Gemeindezeitung?

Am 15. Jänner hat LH-Stv. Hiesl Bürgermeister Chalupar und mich ins Gasthaus Mader in Lest zu einem Gespräch eingeladen und uns darüber informiert, dass der Weiterbau der S 10 in Aussicht gestellt wird.

Am 04. Juli hat Ing. Lechner zu einem Gespräch am Gemeindeamt mit dem Obmann des Verschönerungsvereines gebeten, da Herr Rudlstorfer mehrere Eingaben in der Sache S 10 gemacht hat. Von ihm wurden sogar Verkehrszählungen durchgeführt.

Er hat uns und Herrn Rudlstorfer bei diesem Gespräch eine Broschüre über den Stand der S 10 überreicht – enthalten sind Ausgangslage und die drei Varianten. Weiters ist die zukünftige Aufgabenstellung erklärt. Diese Broschüre ist am Gemeindeamt aufgelegt.

Das war nichts Neues für die Gemeinderäte. Die Aufgabenstellung wurde in der Gemeindezeitung wieder gegeben.

Am 13. September fand eine Vorsprache bei LH-StV. Hiesl statt bezüglich des Straßenbauprogrammes, da wir in Kerschbaum und Zulissen dringenden Handlungsbedarf haben und ein Sonder-Straßenbauprogramm in Anspruch nehmen möchten.

Bei diesem Gespräch haben wir eine Eingabe gemacht und um weitere Informationen über die S 10 gebeten, weil wir aufgrund dieser Eingabe die 3. Resolution im Gemeinderat beschließen wollten.

Anlass für diese Eingabe war die Mitteilung von Herrn Ing. Lechner, dass eine Abschnittsteilung der S 10 Nord in zwei Teilabschnitte - mit Priorisierung des Abschnittes bis nördlich von Rainbach – und provisorischer Verzug in die B 310 verkehrlich sinnvoll sind. Das hat uns zu diesem Gespräch und zu einer Resolution bewogen.

Bei diesem Gespräch waren der Vize-Bgm., Röbl Richard und ich anwesend, Bauausschuss-Obmann Rudlstorfer hat sich entschuldigt. Röbl Richard hat teilgenommen, da er bereits des Öfteren darauf hingewiesen hat, dass er mit LH-Stv. Hiesl über die Entscheidung der Trasse Ost sprechen möchte, da seiner Meinung nach die Entscheidungsträger der Fachabteilung Natur- und Landschaftsschutz damals nicht die richtige Entscheidung getroffen haben.

Die Antwort von LH-Stv. Hiesl war, dass er sich 1000 Seiten nicht lesen kann, sondern sich auf die Entscheidung der Fachabteilung verlassen muss.

Wir haben jedoch erreicht, dass Herr Froschauer nach Rainbach kommt und sich vor Ort den Zustand der Straßen in Zulissen und Kerschbaum ansieht und dann darüber entscheidet, ob ein Sonder-Straßenbauprogramm möglich sein wird.

In der Gemeindezeitungen wurde regelmäßig über alles berichtet: September 2012, Oktober/November 2012, Dezember 2012, Februar/März 2013, ...

2. Gibt es von diesen Gesprächen Protokolle?

Vom 1. Gespräch mit LH-Stv. Hiesl gibt es kein Protokoll, da es nur ein Zusammenkommen war. Natürlich kann Bgm. Chalupar dazu befragt werden, was gesprochen wurde.

Das Protokoll über das Gespräch vom 04. Juli ist die Planunterlage (Broschüre), die uns Herr Ing. Lechner überreicht hat. Bei Herrn Rudlstorfer kann über genauere Details über das Gespräch nachgefragt werden.

Bei diesem Gespräch wurde auch noch vorgebracht, dass es bei der Aufschüttungsfläche in Vierzehn für den Anrainer Franz Johannes aus Vierzehn Probleme bei der Bewirtschaftung gibt.

3. Gibt es den S 10-Arbeitskreis noch?

Ja, dieser wurde beim Bürgerbeteiligungsverfahren eingerichtet. Der Aufruf zur Mitarbeit wurde öffentlich ausgeschrieben. Die Teilnehmer wurden einige Male abgeändert, da je nach Variante immer wieder andere Personen betroffen waren. Die ASFINAG hat den Arbeitskreis bisher nicht einberufen.

4. Wenn nicht, wer hat ihn aufgelöst?

Er wurde nicht aufgelöst.

5. Wenn doch, warum wurde der Arbeitskreis nicht eingebunden?

Leider hat die ASFINAG bisher weder mit der Bevölkerung noch mit dem Arbeitskreis Kontakt bezüglich der Trassenentscheidung gesucht.

6. Warum werden die Gemeindeanliegen von Dir alleine vertreten?

Ich bin Repräsentant der Gemeinde. Bei Einladungen zu Gesprächen bezüglich der S 10 habe ich immer darauf hingewiesen, damit auf die Gemeinde Rainbach nicht vergessen wird.

7. Ist es demokratisch, dass in der heißen Phase weder Bürger noch Gemeindevertreter involviert werden?

Es ist nicht demokratisch. Wir wurden bisher von der ASFINAG nicht eingebunden, deshalb wurde in der letzten GR-Sitzung eine Resolution verfasst.

8. Stimmt es, dass es in Grünbach gegen die von Rainbach immer bevorzugte Ostvariante eine Bürgerinitiative gibt?

Laut Zeitungen gibt es eine Bürgerinitiative. Herr Leitner hat einen Bericht in die Zeitung gegeben. Ich weiß nicht, ob diese beschlossen ist, das müsste am Gemeindeamt Grünbach abgeklärt werden.

9. Ist es richtig, dass Bürgermeister Chalupar aus Grünbach (bisher ein großer Befürworter der S 10) auch massiv gegen die Ostvariante auftritt?

Mir gegenüber ist Bgm. Chalupar nicht massiv aufgetreten, jedoch ist mir bekannt, dass er in einer Gemeindezeitung dazu Stellung genommen hat. Jeder kann dies auf der Homepage nachlesen.

10. Für welche Variante hast Du Dich als Vertreter von Rainbach ausgesprochen?
Ich habe die Trasse Mitte akzeptiert, so wie sie damals auch vom Arbeitskreis akzeptiert wurde, da die Ost- und Westtrasse nicht mehr zur Debatte gestanden sind. Auch die Trasse Mitte ist nicht optimal.
11. In Deiner Information steht, dass es nach Rainbach wieder eine Einbindung in die bestehende B 310 geben soll! Wo ist diese Einbindung, nach dem Ort Rainbach oder nach der Gemeindegrenze von Rainbach?
Beim Treffen mit der ASFINAG am 04. Juli haben wir das erste Mal in einem Schreiben gelesen, dass es eine Verziehung in die B 310 geben wird. Aufgrund dessen haben wir diese Resolution verfasst, in der wir den Weiterbau bis zur Grenze gefordert haben.
12. Sollte die Einbindung nach dem Ort Rainbach sein, verändert sich die Situation in Kerschbaum dramatisch. Wörtlich schreibst Du in Deiner Information. „Der derzeitige Verkehr auf der B 310 ist fast unerträglich und wird sich mit dem Ausbau der S 10 bis Freistadt Nord noch verstärken“. Wie soll Kerschbaum geschützt werden?
In der Resolution haben wir zum Weiterbau bis zur Staatsgrenze aufgefordert, damit die Ortschaft Kerschbaum nicht „auf der Strecke“ bleibt.
In die eingebrachten Resolutionen kann jederzeit am Marktgemeindeamt Einsicht genommen werden.
13. Welche Forderungen hast Du konkret für Kerschbaum gestellt?
Den Weiterbau der S 10.
14. Warum wird in der entscheidenden Phase erst Monate später und halbherzig informiert?
Über alle Informationen, die ich je in Erfahrung gebracht habe, habe ich in der Gemeindezeitung und in den GR-Sitzungen informiert. Dies kann jederzeit in den Protokollen der GR-Sitzungen nachgelesen werden.
Über Dinge, die ich nicht weiß, kann ich jedoch nicht berichten.

Falls es noch Fragen dazu gibt, werden wir dies bei Allfälligem behandeln.

Der Vorsitzende gibt weiters die Tagesordnung bekannt. Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden keine vorgebracht und es wird mit der Tagesordnung fortgefahren.

**Punkt 257) Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung durch den örtlichen Prüfungsausschuss am 07. Oktober 2013 und 06. November 2013;
Az.: 004/1-2013**

Bürgermeister Friedrich Stockinger gibt den Einführungsbericht. Der Prüfungsausschuss hat sich in der Sitzung am 07. Oktober 2013 mit dem Straßenbau VIII und der Photovoltaikanlage sowie am 06. November 2013 mit dem Nachtragsvoranschlag 2013 befasst. Das Ergebnis dieser Prüfung ist in den beiliegenden Niederschriften (vom 07.10.2013 und 06.11.2013) festgehalten.

GR Dietmar Dienstl

verliert vollinhaltlich den Prüfbericht über die Prüfung des Straßenbaues VIII und der Photovoltaikanlage sowie den Prüfbericht über den Nachtragsvoranschlag 2013 und stellt den **Antrag**, den Bericht über die Prüfungsergebnisse zu genehmigen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß den Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung vom 07. Oktober 2013 und 06. November 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

**Punkt 258) Nachtragsvoranschlag 2013 – Genehmigung;
Az.: 903/2013**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Gemäß der OÖ Gemeindeordnung ist ein Nachtragsvoranschlag notwendig, wenn sich während des Haushaltsjahres gewisse Änderungen gegenüber dem Voranschlag ergeben. Der Nachtragsvoranschlag ist dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen, und der Bürgermeister hat die Anträge dazu zu stellen. Den Nachtragsvoranschlag wird uns unser Kassenführer Robert Traxler in bewährter Weise erläutern. Die Fraktionen haben eine Gesamtausfertigung des Nachtragsvoranschlages 2013 erhalten. Darüber hinaus haben alle Gemeinderäte eine Kurzfassung des NVA 2013 erhalten.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

übergibt den Vorsitz an den Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

übernimmt den Vorsitz und ersucht Kassenführer Robert Traxler um seinen Bericht.

Kassenführer Robert Traxler

bringt den Nachtragsvoranschlag 2013 mit Summennennung vom ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, Begründungen und Erläuterungen zu den Einzelansätzen vollinhaltlich zum Vortrage. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die Fraktionen wurden mit einer Gesamtausfertigung des Nachtragsvoranschlages 2013 beteiligt.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

bedankt sich beim Kassenführer für seine Erläuterungen, anschließend erfolgt sein Bericht:

Aus den Erläuterungen durch den Kassenführer Robert Traxler gehen die notwendig gewordenen Abweichungen, gegenüber dem Voranschlag 2013, hervor. Der Nachtragsvoranschlag kann im ordentlichen Haushalt auch heuer wieder ausgeglichen erstellt werden. Die Einnahmen und Ausgaben haben sich gegenüber dem Voranschlag um € 112.500,-- auf € 4.751.100,-- erhöht.

Der Haushaltsausgleich resultiert hauptsächlich aus den steigenden Ertragsanteilen und den laufenden Sparmaßnahmen der Gemeinde.

Der außerordentliche Haushalt beträgt an Einnahmen € 2.096.900,-- und an Ausgaben € 2.182.400,--. Das ergibt einen Abgang von €85.500,--.

Dieser Abgang ergibt sich hauptsächlich aus folgenden Vorhaben:

Katastrophenschäden, Straßenbau VIII, Hochwasserschutz Kerschbaum, Straßenbeleuchtung Erneuerung und Ausfinanzierung Pferdeeisenbahnhof.

Wir können positiv in die Zukunft blicken und hoffen, dass die Wirtschaft stabil bleibt. Es ist erforderlich, die erhaltenen Geldmittel ganz gezielt einzusetzen.

Ich bedanke mich auch beim Gemeinderat, da keine überhöhten Forderungen gestellt wurden, damit wir ein Budget erstellen konnten, das wir auch einhalten können. Weiters bedanke ich mich bei Kassensführer Robert Traxler für seine geleistete Arbeit, bei Amtsleiter Otto Elmecker und den gesamten Mitarbeitern.

Es wurde heuer sehr sparsam gewirtschaftet und bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlags 2013 wurde den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entsprochen.

Ich stelle daher den **Antrag**, der Gemeinderat möge den Nachtragsvoranschlag 2013 – so wie er vorliegt – genehmigen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß den Nachtragsvoranschlag 2013 wie folgt zu genehmigen:

a) ordentlicher Haushalt:

in den Einnahmen €4.751.700,--
(gegenüber €4.639.200,--)

in den Ausgaben €4.751.700,--
(gegenüber €4.639.200,--)

Abgang € 0,--

b) außerordentlicher Haushalt:

in den Einnahmen €2.096.900,--
(gegenüber €543.700,--)

in den Ausgaben €2.182.400,--
(gegenüber €574.000,--)

Abgang..... € 85.500,--

Die Sollfehlbeträge aus den Vorjahren in Höhe von €398.118,59 sind inkludiert.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer
übergibt den Vorsitz wieder an Bürgermeister Friedrich Stockinger.

Bgmst. Friedrich Stockinger
übernimmt den Vorsitz von Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer.

Punkt 259) Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2012 durch die Bezirkshauptmannschaft Freistadt vom 09. September 2013, Gz.: BHFR-2013-27880/1-Ro; Kenntnisbringung; Az.: 890/2013

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Der vom Gemeinderat der Marktgemeinde Rainbach i.M. in der Sitzung am 11. April 2013 beschlossene Rechnungsabschluss des Jahres 2012 wurde von der Bezirkshauptmannschaft Freistadt einer Prüfung unterzogen. Der Rechnungsabschluss wurde am 03. September 2013 auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit überprüft, und weiters, ob dieser den hiefür geltenden Vorschriften entspricht. Mit Schreiben vom 09. September 2013, GZ: BHFR-2013-27880/1-Ro, wurde von der Bezirkshauptmannschaft Freistadt der Prüfbericht übermittelt und ist dieser gemäß § 99 Abs. 2 Oö. GemO 1990 i.d.g.F. dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Die Fraktionen haben eine Kopienausfertigung gegenständlichen Prüfberichtes erhalten.

Amtsleiter Otto Elmecker

verliest vollinhaltlich den Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses 2012 durch die Bezirkshauptmannschaft Freistadt.

GV Walter Pilgerstorfer

Der Kassenkredit wurde gesplittet, wie wurde dieser 2012 ausgenutzt und wie war die Verteilung?

Kassenführer Robert Traxler

Wir versuchen, eine gerechte Teilung je zur Hälfte so weit als möglich zu erreichen. Der Kassenkredit wurde bis ca. €700.000,-- (nicht zur Gänze) ausgenutzt.

GR Alois Affenzeller

Wie viel steigt die Verwaltungskostentangente pro Jahr?

Kassenführer Robert Traxler

Diese wurde von mir für das kommende Jahr bereits berechnet und bleibt annähernd gleich.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß, den Prüfbericht der Bezirkshauptmannschaft Freistadt vom 09. September 2013, Gz.: BHFR-2013-27880/1-Ro, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 260) Pferdeisenbahnhof Kerschbaum – Beschlussfassung Baurechtsvertrag-Aufhebungsvertrag – gemäß Vertragsentwurf des Notariates Freistadt, Notar Mag. Roland Luger LL.M. vom 09.10.2013; Az.: 350/2013

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Der Baurechtsvertrag für den Pferdeisenbahnhof Kerschbaum wurde vom Verein Freunde der Pferdeisenbahn per 30.06.2011 aufgekündigt. Da die

Löschung des Baurechtes im Grundbuch nicht mit dem Kündigungsschreiben möglich ist, wurde von Notar Mag. Roland Luger ein Baurechtsvertrag-Aufhebungsvertrag erarbeitet, welcher vom Gemeinderat noch zu beschließen ist. Nach Abschluss gegenständlichen Vertrages ist sodann die Löschung des Baurechtes im Grundbuch möglich. Die Fraktionen wurden mit einer Kopienausfertigung gegenständlichen Aufhebungsvertrages beteiligt.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

gibt eine kurze Erklärung dazu und berichtet über die wesentlichen Punkte des Aufhebungsvertrages. Zwei wichtige Punkte sind hervorzuheben:

Punkt 2: Gemäß Punkt 10 des Baurechtes aus dem Jahr 1995 geht das Pferdebahnhofgebäude ohne jede Ablöse oder Entschädigungszahlung in das Eigentum der Baurechtsgeberin, dies ist die Marktgemeinde Rainbach, über.

Punkt 4: Die Übergabe in das Eigentum der Gemeinde hat lastenfrei zu erfolgen.

Er stellt den **Antrag** auf Beschlussfassung des vorliegenden Baurechtsvertrag-Aufhebungsvertrages - gemäß Vertragsentwurf des Notariates Freistadt, Notar Mag. Roland Luger LL.M. vom 09.10.2013.

GV Walter Pilgerstorfer

Ist dies zusätzlich zur Kündigung erforderlich, die 2011 beschlossen wurde?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Dies ist zusätzlich notwendig, nicht an Stelle dessen. Das Grundbuchamt hat selber Erkundigungen einholen müssen, da dies der erste solche Fall ist.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß den vorliegenden Baurechtsvertrag-Aufhebungsvertrag mit dem Verein „Freunde der Pferdeeisenbahn“ - gemäß Vertragsentwurf des Notariates Freistadt, Notar Mag. Roland Luger LL.M. vom 09.10.2013.

Punkt 261) Leader Region Mühlviertler Kernland – Beschlussfassung zur Teilnahme an der Strategieentwicklung LEADER 2014-2020;

Az.: 770/1-2013

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Am 14. Oktober 2013 hat der Obmann der LEADER-Region Mühlviertler Kernland, Bgm. Stefan Wiesinger, und die Geschäftsführerin Mag. Conny Wernitznig hinsichtlich einer Strategieentwicklung LEADER 2014 – 2020 vorgesprochen. Für die Bewerbung muss bis zum Sommer 2014 eine Regionsstrategie entwickelt werden. Diese Strategieentwicklung wird großteils vom Personal des bestehenden LEADER-Managements begleitet, fallweise müssen externe ExpertInnen herangezogen werden. Kosten fallen in der Organisation von Veranstaltungen, Honorarnoten und sonstigen Auslagen an. Die Zahlungsverpflichtung der Gemeinde an den Regionalverein Mühlviertler Kernland in der Höhe von drei Euro je Einwohner/Jahr läuft, laut gültigem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2007, Ende 2015 aus. Damit ist die Finanzierung der Strategieentwicklung finanziell machbar.

Die LEADER-Region Mühlviertler Kernland ersucht mit Schreiben vom 14.10.2013 um einen Gemeinderatsbeschluss hinsichtlich der Teilnahme an der Entwicklung einer Regionsstrategie für 2014 – 2020.

Es folgt ein ausführlicher Bericht über die gestrige Generalversammlung der LEADER-Region Mühlviertler Kernland. Die Bevölkerung wird in der Gemeindezeitung zur Mitarbeit aufgerufen.

Vize-Bgmst. Gerhard Pühringer

stellt den **Antrag**, der Gemeinderat möge die Teilnahme an der Strategieentwicklung LEADER 2014 – 2020 beschließen.

GV Walter Pilgerstorfer

Bei dieser Konzepterstellung müssen wir mitmachen, der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt € 9.000,--. Hatten wir Projekte in der Vergangenheit? Jetzt ist einmal das Ganze bis 2015 gesichert. Wie es weiter geht, muss ohnehin der nächste Gemeinderat entscheiden.

GR Alois Affenzeller

Ich bin auch für die Teilnahme. Wäre das Budget von € 2.000.000,-- für 6 Jahre oder jährlich?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Wir hatten in der Vergangenheit einige landwirtschaftliche Projekte. Strategieentwicklung bedeutet festzulegen, was wir in den nächsten Jahren in unserer Gemeinde erreichen wollen. Es gibt sicher einige Projekte.

Mir ist nicht genau bekannt, wie die Berechnung des Betrages erfolgt. Die Region muss in der Strategieentwicklung bereits festlegen, in welche Richtung sie gehen wird und es muss ein Volumen von ca. €2.000.000,-- ausmachen. Wie hoch die Förderung sein wird, ist noch nicht bekannt. Die LEADER-Region erhält einen gewissen Betrag, die Verteilung der Mittel erfolgt direkt in der LEADER-Region. Die Überprüfung der Projekte wird durch das Land OÖ und die EU erfolgen.

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Teilnahme an der Strategieentwicklung LEADER 2014-2020.

Punkt 262) Örtliche Straßenpolizei – Beschlussfassung der Verordnung über die Übertragung der örtlichen Straßenpolizei auf den Bürgermeister; Az.: 144/2013

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. Damit nicht jede Verordnung hinsichtlich Angelegenheiten der örtlichen Straßenpolizei im Gemeinderat behandelt werden muss, besteht die Möglichkeit, dass diese Angelegenheiten auf den Bürgermeister übertragen werden. Hierfür wurde von der Abteilung Verkehr in Kooperation mit dem Oö. Gemeindebund eine entsprechende Verordnung erarbeitet. Beabsichtigt ist, dass ein Ausschuss des Gemeinderates die Verkehrsangelegenheiten bearbeitet und nach dessen Ergebnis sodann die Verordnung durch den Bürgermeister erlassen wird.

Amtsleiter Otto Elmecker
gibt Erklärungen zur vorliegenden Verordnung.

GR Friedrich Blöchl

Es ist eine wichtige Sache, dass nicht wegen jeder Kleinigkeit ein GR-Beschluss erforderlich ist. Er stellt den **Antrag** auf Beschlussfassung der vorliegenden Verordnung über die Übertragung der örtlichen Straßenpolizei auf den Bürgermeister.

GV Walter Pilgerstorfer

Soll das in einem Arbeitskreis oder einem Ausschuss behandelt werden?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Ich denke im Bauausschuss mit Arbeitskreis oder auch einem anderen Ausschuss. Der letzte Ausschuss hat sich bewährt. Eventuell könnte der Ausschuss erweitert werden. Mir wäre es wichtig, dass Personen von Fach mitarbeiten.

GR Harald Zillhammer

Wir finden es zweckmäßig und sinnvoll, im Sinne der Einfachheit, dass die Agenden der Straßenpolizei der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich durch Verordnung dem Bürgermeister übertragen werden, möchten jedoch zu bedenken geben, dass der Bundesgesetzgeber festgestellt hat, dass das oberste Organ in der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinderat ist. Jetzt funktioniert dies bestens, ich gebe jedoch zu bedenken, dass in einigen Jahren ein anderer Bürgermeister sein wird. Ob dies dann auch noch so funktioniert, kann man heute nicht wissen. Daher habe ich kein so gutes Gefühl, wenn die Verordnungsübertragung an eine Person - wie es in der Verordnung steht - übertragen wird.

Es sollte folgender Zusatz in der Verordnung gemacht werden:

Auf Vorschlag oder auf Beschluss des zuständigen Ausschusses.

Somit haben wir die Sicherheit, dass ein kleineres Kollegialorgan den Beschluss fassen muss. Die Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich ist in den Kompetenzartikeln nicht angeführt, da alles auf Land und Bund aufgeteilt ist. In einem Passus ist festgehalten, dass sämtliche Angelegenheiten, die der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich übertragen werden, im Bundesgesetzblatt dargestellt werden müssen.

Im § 94 der StVO sind die Punkte enthalten, die den eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde betreffen. Diese sind jedoch nicht alle in der Verordnung enthalten: zB Sicherung des Schulweges, Verpflichtung Straßenverunreinigungen zu beseitigen bzw. die Kosten zu tragen, Bewilligung von Werbungen und Ankündigungen. Sämtliche Punkte sollten übernommen werden.

Unsere Fraktion wird zustimmen, wenn der Passus eingefügt wird – auf Vorschlag oder Beschluss des zuständigen Ausschusses - und wenn sämtliche Punkte des § 94 d der StVO in der Verordnung enthalten sind. Zusammengefasst sollen folgende Zusätze in die Übertragungsverordnung aufgenommen werden:

1. „Die Erlassung der Verordnungen können nur auf Vorschlag des zuständigen Ausschusses erfolgen.“
2. Die Übertragungsverordnung soll um folgenden Punkt ergänzt werden: „die Erlassung von Verordnungen nach § 94d StVO 1960 (eigener Wirkungsbereich der Gemeinde)“

GR Harald Zillhammer

stellt somit folgenden **Zusatzantrag**:

Folgende Punkte sollen in die Übertragungsverordnung aufgenommen werden:

1. „Die Erlassung der Verordnungen können nur auf Vorschlag des zuständigen Ausschusses erfolgen.“
2. Die Übertragungsverordnung soll um folgenden Punkt ergänzt werden: „die Erlassung von Verordnungen nach § 94d StVO 1960 (eigener Wirkungsbereich der Gemeinde)“

B e s c h l u s s Hauptantrag:

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß die Verordnung über die Übertragung der örtlichen Straßenpolizei auf den Bürgermeister.

B e s c h l u s s Zusatzantrag:

Der Gemeinderat beschließt mit Handzeichen einstimmig antrags- und berichtsgemäß folgende Zusätze in die Übertragungsverordnung aufzunehmen:

1. „Die Erlassung der Verordnungen können nur auf Vorschlag des zuständigen Ausschusses erfolgen.“
2. Die Übertragungsverordnung soll um folgenden Punkt ergänzt werden: „die Erlassung von Verordnungen nach § 94d StVO 1960 (eigener Wirkungsbereich der Gemeinde)“

**Punkt 263) Sanierung der Volks- und Hauptschule samt Turnsaalsanierung – Berichtgebung über die vom Gemeindevorstand gefassten Beschlüsse gemäß § 2 der Übertragungsverordnung vom 06.06.2013;
Az.: 211/221/0-2013**

Bürgermeister Friedrich Stockinger

gibt den Einführungsbericht. In der letzten Gemeindevorstandssitzung am 10.10.2013 wurden folgende Aufträge lt. Vergabevorschlag beschlossen.

Amtsleiter Otto Elmecker

berichtet über die Auftragsvergaben:

Bei den **Trennwänden** wurden 5 Angebote abgegeben:

Billigstbieter ist die Firma Bau-Set, Pucking, mit einer Nettosumme in Höhe von €8.736,00.

Bei den **Schlosserarbeiten** wurden 2 Angebote abgegeben:

Billigstbieter ist die Firma Pfeiffer Metallbau, Wels, mit einer Nettosumme in Höhe von € 13.667,40.

Materialschränke:

Eine Direktbestellung beim SCHÄFER-Shop wurde von Architekt Böhm vorgeschlagen und auch so beschlossen.

7 Stück zum Preis von €429,-- netto pro Stück.

Punkt 264) Allfälliges

Bürgermeister Friedrich Stockinger
berichtet über folgende Themen:

- 10 Jahre INKOBA – Region Freistadt – Feier im TZ Freistadt (15 Jahre)
- Schulbau: Lichterfeier mit LR Anschöber am 15.11.2013, 09.00 Uhr – bitte um Terminvormerkung
- Asphaltierungen – 3 Fehler sind in Sonnberg passiert (Straße ist nicht in der Mitte des öffentlichen Gutes ausgerichtet, die Straße wurde mit keiner Neigung - weg vom Haus von Auer Margarethe und Hauser Harald - errichtet, daher besteht die Gefahr, dass das Wasser zum Haus läuft). Oberhalb des Hauses wurde eine Rinne quer über die ganze Fahrbahn gesetzt.

Der GR gibt Frau Auer die Zustimmung zur Wortmeldung.

Margarethe Auer

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die gesetzten Maßnahmen nicht ausreichend sind. Vom Bürgermeister wurde versprochen, eine Wahrheitsfindung zu machen, wo die Fehler passiert sind. Wie weit ist diese fortgeschritten?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Wir werden das von einem unabhängigen Experten überprüfen lassen, auch der Grenzstein wird wieder gesetzt.

- Im Sonnenhang wurde noch nicht zur Gänze asphaltiert, da der Rest der Straße auf die Kanaltrasse verlegt werden soll.
- Der neue Brunnen kann bald in Betrieb gehen.
- Alle 30 km/h-Beschränkungen und alle Angelegenheiten, die im Arbeitskreis vorgeschlagen wurden, wurden umgesetzt – die Verlängerungen der Gehsteige sind noch ausständig – wurden jedoch bereits beschlossen.

GR Dietmar Dienstl

Auf der B 310 wurden bei der Abzweigung Richtung Hörschlag die Haifischzähne nicht aufgemalt.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Der Straßenmeister will das nicht machen, da es nicht der StVO entspricht, und er übernimmt dafür auch nicht die Verantwortung.

- Photovoltaikanlage in Dreißgen wurde eröffnet
- Hochwasserschutz Kerschbaum – Berufung gegen den Naturschutzbescheid
- Stand 110 KV-Leitung
- Eisenbahnkreuzungsverordnung – Sicherung der Eisenbahnkreuzungen
- Haltestelle Kerschbaum (Pilgerstorfer Walter hat sich bereit erklärt, mit Landesrat Entholzer zu sprechen)
- Wohnungsübergabe im Wohnhaus Freiwaldanger
- S 10 Weiterbau

Weiterbau S 10:

Am 27.11.2013 wird es eine Pressekonferenz auf der BH in Freistadt geben. Ing. Lechner hat uns bei einem Gespräch am 30.10.2013 am Marktgemeindeamt über die Pressekonferenz informiert, jedoch nicht, dass die Pressekonferenz auf der BH in Freistadt stattfinden wird. Darüber wurde ich vom Bezirkshauptmann informiert.

An diesem Tag findet von 17.00 bis 20.00 Uhr eine Planausstellung im Gasthof Blumauer statt. Dazu wird die Bevölkerung der Gemeinden Rainbach und Grünbach von der ASFINAG mittels eines Postwurfes eingeladen. Die Planer werden die Trassenentscheidung vor Ort präsentieren.

Irgendwelche Bewohner werden betroffen sein, ganz egal welche Trasse kommen wird. Dadurch werden sich sehr viele Streitgespräche ergeben.

Ich schlage vor, dass am Tag der nächsten Gemeinderatssitzung um 18.00 Uhr eine Berichtgebung für die Gemeinderäte seitens der ASFINAG und der Planer erfolgen soll und danach um 20.00 Uhr die Gemeinderatssitzung / Budgetsitzung. Die Besprechung im Gasthaus Blumauer wird wahrscheinlich auch nach 20.00 Uhr noch weitergehen.

Dieser Wunsch bezüglich Berichtgebung um 18.00 Uhr wurde Herrn Ing. Lechner bereits mitgeteilt. Der Gemeinderat ist das gewählte Organ und kann von dieser Entscheidung nicht entbunden werden. Zu dieser Berichtgebung sollte die Bevölkerung eingeladen werden.

Noch vor der nächsten Gemeinderatssitzung sollten mit den Betroffenen Gespräche geführt werden.

Danach sollte Weihnachtsfrieden einkehren. Ich möchte zu Weihnachten keine S 10 Diskussionen haben. Im Gemeindeblatt sollte nach dem 27. November eine Kurzinformation erfolgen und erst im Jänner sollten weitere Gespräche etc. geführt werden.

Es hat damals eine Einigung auf eine Trasse gegeben, der Weiterbau wurde jedoch 2007 von Minister Faymann und dem Ministerium gestoppt, da die Problematik der Finanzierbarkeit festgestellt wurde. Ich möchte ihm keine Schuld dafür geben, sondern es war eben die Problematik der Finanzierbarkeit, daher hat das Ministerium diesen Schritt gesetzt.

Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass weiter gebaut wird. Damals habe ich auch die Trasse Mitte zugelassen, obwohl es auch hier sehr viel Kritik gegeben hat. Das Problem derzeit ist, dass sehr viele Gerüchte im Umlauf sind und sehr viel behauptet wird, obwohl dies nicht der Wahrheit entspricht. Damit wird nur Unmut gestiftet.

Ich habe mich nie für eine Trasse entschieden, wichtig ist der Weiterbau, denn ohne diesen wird Rainbach ohnehin zerschnitten.

Es muss eine Lösung gefunden werden. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es, zu schauen ob es sich um eine Trasse handelt, die irgendwie vertreten werden kann und wie wir den Betroffenen am besten helfen und diese unterstützen können.

Ich lasse mich von keiner Bürgerinitiative in die Ecke drängen, sondern stehe zu meiner Meinung, dass der Weiterbau unumgänglich ist. Bei allen drei Trassen wird es Betroffene geben.

GV Walter Pilgerstorfer

Am 15.11.2013 wird LR Anschöber zur Lichterfeier kommen. Ich habe die Information von LR Entholzer, dass angeblich LR Anschöber auch zuständig ist für Lärmschutz. Mein Vorschlag ist, dass wir LR Anschöber die Unterschriftenliste von Kerschbaum übergeben.

Bei der Haltestelle in Kerschbaum handelt es sich um eine dubiose Angelegenheit. Es hat bereits Zusagen gegeben, jetzt wurden diese wieder zurück genommen. Es sollen lediglich die zwei Busse in den Ort hineinfahren. Die anderen Fahrten sollen an den Haltestellen an der B 310 abgewickelt werden. Wir haben uns schon um einen Termin bemüht, aber noch keine Antwort von Landesrat Entholzer erhalten.

In der Sache S 10 möchte ich feststellen:

Am 27.11.2013 ist die Pressekonferenz auf der BH Freistadt und erst dann wird die Bevölkerung informiert. Es sollte umgekehrt sein, dass zuerst die Betroffenen informiert werden. Es besteht eine große Unzufriedenheit bzw. Nervosität, auch wir Gemeinderäte werden immer wieder gefragt. Das Problem besteht jedoch darin, dass wir keine Informationen haben.

Damals haben wir sehr viel Zeit in die Trasse Ost bzw. West investiert, die ASFINAG hat sich jedoch für die Variante Mitte entschieden und wir wurden schlussendlich vor vollendete Tatsachen gestellt. Von unserer Seite wurde der Tunnel-Variante dann auch zugestimmt.

In Kerschbaum hatten wir schon immer ziemlich viele Probleme. Ich bin ebenfalls ein Betroffener der S 10, habe mich jedoch nie dagegen ausgesprochen, da dies unumgänglich ist. Unsere Schreiben bzw. Bedenken werden zur Kenntnis genommen und das war es dann auch schon.

GR Alois Affenzeller

Es gab das Mediationsverfahren mit Dr. Retzel. Die Planungsgruppen usw. wurden eingerichtet. Mein Favorit ist nach wie vor die Ost-Trasse. Leider haben wir erleben müssen, dass Frösche mehr wert sind als Menschen.

2006 wurde die Trasse Mitte in die Welt gerufen. Daraufhin habe ich mich von der Mitarbeit zurückgezogen, da meine jahrelange Mitarbeit für die Trasse Ost bzw. West umsonst war.

Hoffentlich wird weiter gebaut, ich mische mich jedoch nicht mehr ein, ursprünglich wurde vereinbart, dass die Straße von Unterweikersdorf bis zur Grenze gebaut wird. Dies war jedoch nicht der Fall.

GV Mag. Gottfried Blumauer

Es gibt auch jetzt Betroffene der B 310, auch ich persönlich bin von der B 310 betroffen. GR Zillhammer Harald hat selbst für Lärmschutz gesorgt. Wir brauchen eine Lösung – wenn möglich bis zur Staatsgrenze. Wenn wir keine Lösung zustande bringen, wird der Weiterbau gestoppt und die Mittel woanders eingesetzt, da das Budget ohnehin so knapp ist.

Ich appelliere und hoffe, dass die ganzen Bürgerinitiativen zu keinem Streit führen, sodass der Weiterbau gestoppt wird, mit dem Argument: Wenn ihr nicht wisst, was ihr wollt, stoppen wir den Weiterbau.

Ich hoffe, dass es die beste Variante für Rainbach wird, die Entscheidung liegt nicht in unserem Bereich. Wir müssen uns dann darauf konzentrieren, das Beste im Lärmschutz beim Weiterbau zu erreichen.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Er bedankt sich für die konstruktive Mit- und Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 22.10 Uhr.

Zuhörer Martin Kerschbaummayr

Wo verlaufen konkret die drei Trassen?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Bei der Trasse Mitte gibt es bereits Detailpläne und Lärmschutzkarten – diese können jederzeit am Gemeindeamt eingesehen werden. Von der Variante Ost und West liegen keine

Informationen auf. Es heißt, dass es bei der Trasse Ost und West Evaluierungen geben wird, d.h. es wird wieder alles genau angesehen.

Zuhörer Martin Kerschbaummayr

Hat die Bevölkerung Beeinträchtigungen durch den Tunnelbau zB durch Sprengungen usw.?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Ich habe mit dem Bürgermeister von Lasberg gesprochen, da die neue Trasse bis Freistadt sehr viel auf Lasberger Grund errichtet wurde. Es ist sehr ruhig und gibt keine Probleme, da die Firmen sehr gut arbeiten. In Vierzehn gab es Probleme, da nicht ordentlich gearbeitet wurde. Es ist relativ gut über die Bühne gegangen, auch die Sprengungen.

Unsere Aufgabe wird es werden, dies alles zu berücksichtigen, auch bei uns werden Fehler passieren.

Nach der Trassenentscheidung wird es wieder Planungsgruppen geben, ein riesiges Verfahren wird notwendig werden. Erst dann kann das Verfahren beim Ministerium eingereicht werden und danach kann das UVP-Verfahren eingeleitet werden. Dieses Verfahren dauert ca. 2 Jahre. Wenn wir selber den Baubeginn verzögern, weil wir uns nicht einig sind, wird die ganze Sache noch länger dauern.

Ich habe Herrn Ing. Lechner bei der Besprechung am 30.10.2013, im Beisein von Amtsleiter Otto Elmecker, gefragt, ob es bereits eine Trassenentscheidung gibt.

Er hat mir zur Antwort gegeben, dass erst am 11.11.2013 das Ganze mit den Fachabteilungen des Landes OÖ durchgesprochen wird.

Wir haben ja in der Vergangenheit gesehen, dass auch bereits gemachte Zugeständnisse nicht unbedingt eingehalten werden müssen.

Zuhörer Gottfried Winklehner

Mich stört die Vorgehensweise bei der Entscheidung. In der Gemeinde Grünbach gibt es eine Bürgerinitiative, die sich massiv gegen die Ostvariante zur Wehr setzt. Es wurden sogar Vorschläge beim Land OÖ zB für einen einröhrigen Tunnelbau in Rainbach abgegeben. Solche Aktionen sollten wir uns nicht gefallen lassen. Es war ausgemacht, dass sich die Politik aus der Sache heraushält, aber es wird alles Mögliche unternommen. Es ist ein Vertrauensbruch von Bürgermeister Chalupar, da er persönlich bei LR Hiesl war und ihm die massiven Bedenken gegen die Trasse Ost mitgeteilt und zugleich einen Vorschlag eingebracht hat. Das ist eine Sauerei. Die Tendenz für den Verkehr ist hoch steigend, allein der Export aus Polen hat um 12 % zugenommen, es wird eine reine Transitroute werden.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Damals hat der GR von Grünbach einen Beschluss gegen den Bau der S 10 gefasst. Bgm. Chalupar und ein Gemeinderat haben diesem Beschluss nicht zugestimmt, alle anderen Gemeinderäte haben zugestimmt, da damals die Trasse Ost stark im Gespräch war.

Es ist nicht fair, dass eine Gruppe vehement diese Trasse ablehnt. Natürlich haben sie das Recht und die Gemeinde Grünbach kann ohne Bedenken behaupten, dass sie den Ausbau nicht benötigen. Sie sagen einem direkt ins Gesicht, dass wir in Rainbach ein Problem haben, nicht aber in Grünbach, warum sollte also die Gemeinde Grünbach Grund zur Verfügung stellen.

Sollen wir auf der Variante Ost beharren, auch wenn diese womöglich nicht gebaut wird oder sollen wir abwarten? Schnellschüsse sind meistens kontraproduktiv. Ich möchte euch bitten, genau so aktiv zu werden, wie in der Gemeinde Grünbach. Der Gemeinderat in Grünbach hat sich in der Angelegenheit nicht eingemischt, mit der Ausnahme eines Gemeinderates.

Zuhörer Gottfried Winklehner

Im Gemeinderat in Grünbach wurde der einstimmige Beschluss gefasst, dass keine Straße gebaut werden darf. Dieser wurde bei LR Hiesl vorgelegt. Er hat dies an die ASFINAG weiter geleitet. Ich finde, es ist die größte Frechheit, dass sich die Grünbacher einmischen und sogar eine Trassenvariante für unsere Gemeinde vorlegen.

Zuhörer Franz Traxler, Apfoltern

Die Trasse Mitte ist doch schon sehr ausgereift geplant – warum plant man da nicht weiter? Im Grunde genommen ist dies reine Geldverschwendung. Mit den erforderlichen zusätzlichen Planungskosten könnte wahrscheinlich bereits ein Teil der S 10 gebaut werden. Bohrungen etc. müssen durchgeführt werden, dies verursacht unheimlich hohe Kosten. Es ist wahrscheinlich sinnvoller, zuerst zu planen und erst dann die weiteren Untersuchungen zu machen.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Die Tunneltrasse Mitte und die Trasse West wurden seinerzeit mit €150.000.000,-- und die Trasse Ost mit €137.000.000,-- veranschlagt. Zum Schluss war die Variante Ost sogar teurer, als die beiden anderen Varianten, da der Natur- und Landschaftsschutz Änderungen forderte. Alle drei Varianten werden überprüft, da das Ministerium den Auftrag dazu an die ASFINAG gegeben hat.

GV Mag. Gottfried Blumauer

Für eine Entscheidungsfindung ist die Planung mehrerer Varianten notwendig. Die Variante eines Tunnels kann nur geplant werden, wenn vorher Bohrungen durchgeführt werden.

Zuhörer Günter Lorenz

Diese Planungen liegen ohnehin nicht in unserer Hand, die Höhe der Kosten für die Planung ist dem Bund und der EU egal. Für mich ist es wichtig, dass die Bevölkerung zusammen hält.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Bei uns in Rainbach gab es ursprünglich nicht nur drei Varianten, sondern sechs oder sieben. Nach Beratungen hat sich eine Variante herauskristallisiert, mit der auch wir leben konnten. Diese wurde jedoch von den Fachabteilungen wieder zurückgenommen, da hier Pflanzen vorhanden sind, die geschützt werden müssen. Es war ein mühsamer Weg. Alle, die mitgearbeitet haben, wissen, welcher mühsamer Weg es ist, bis eine Trasse gefunden ist. Jetzt sind wir wieder an einem Punkt angelangt, an dem wir von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen wurden, die ASFINAG macht alles alleine. Sie werden uns die Trassenauswahl dann präsentieren, da bereits alles untersucht wurde und es jetzt nur noch um Nuancen geht.

In die Entscheidungsfindung für den Bereich Nord werden Erkenntnisse eingearbeitet, die sich bei der Errichtung der S 10 im Bereich Süd bezüglich Grundwasserschutz, Landschaftsschutz, Gelände, Material etc. ergeben haben.

Zuhörer Manfred Neuhold

Besteht die Möglichkeit, dass noch weitere Trassen in Betracht kommen?

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Das Papier der ASFINAG ist kein Geheimpapier. In diesen Papieren steht:

Generelle Erkenntnisse: Die bisher untersuchten Korridore und Varianten sind plausibel. Kein Spielraum für grundsätzlich neue Varianten. Eine Abschnittsteilung der S 10 Nord in zwei Abschnitte mit Priorisierung des Abschnittes bis nördlich von Rainbach mit provisorischem Verzug in die B 310 ist verkehrlich sinnvoll.

LR Hiesl hat Bgm. Chalupar und mich im Jänner darüber informiert, dass es sein könnte, dass nur einspurig weiter gebaut oder nur die Hälfte errichtet wird, damit zumindest Rainbach umfahren und die Last minimiert wird.

Die ASFINAG hat sich dazu geäußert, dass bei einem Weiterbau eine hochwertige Straße errichtet und kein einspuriger Ausbau gemacht wird. Die ASFINAG hat mit der Errichtung von nur einer Spur sehr schlechte Erfahrungen.

Querschnittsvarianten wurden geprüft, das Einsparungspotential wird vergleichsweise gering eingestuft. Aufgrund von Verkehrszählungen wird voraussichtlich ein zweiröhriger Tunnel erforderlich.

Die Trassenauswahl 2004 ist Grundlage des damaligen Kenntnisstandes, insgesamt plausibel, allerdings wurden die Kosten des Tunnels Rainbach bei der Variante Mitte zu niedrig angesetzt. Vergleichsbasis Kostenschätzung Einreichplan von 2007 und Erfahrung bei der S 10 Süd bestehen aus heutiger Sicht, im Gegensatz zur Variante Mitte, sowohl bei der Variante West als auch bei der Variante Ost fachliche und wirtschaftliche Optimierungspotentiale.

Zuhörer Ing. Thomas Stöglehner

Einsparungen auch zum Negativen? Finanzielle Optimierungsmöglichkeiten klingen für mich eher negativ.

Bürgermeister Friedrich Stockinger

Natürlich kann dies möglich sein. Ich bitte euch, am 27. November zu kommen. Der Gemeinderat wird sich diesen Themen stellen müssen.

GV Walter Pilgerstorfer

In Grünbach wurde das Florianiprinzip angewendet, welches bei solchen Situationen sehr häufig eintritt. Als damals im Technologiezentrum die Trasse Mitte als die beste Variante vorgestellt wurde, hat ein Grünbacher direkt bei der Veranstaltung laut kundgetan, dass wir die S 10 nördlich von Freistadt nicht brauchen werden. Der Weiterbau der S 10 nördlich von Freistadt kann seiner Meinung nach somit komplett weggelassen werden.

Nach Ende der Veranstaltung und der Entscheidung für die Trasse Mitte hat er auf sein Auto einen Aufkleber gegeben mit der Aufschrift „Pro S 10“.

Während wir in Rainbach diskutieren, welche Trasse kommen soll, habe ich die große Sorge, dass wir in Kerschbaum komplett übrig bleiben.

Mittlerweile sind wir in Kerschbaum die einzige Ortschaft entlang der B 310, die keine Geschwindigkeitsbeschränkung hat. Ob eine Geschwindigkeitsbeschränkung sinnvoll wäre, wissen wir selber nicht.

Die Post fordert, dass unsere Kinder neben der viel befahrenen B 310 einsteigen, die ASFINAG gibt bekannt, dass kein Geld für den Weiterbau vorhanden ist.

Die ASFINAG macht eine Pressekonferenz und erst dann dürfen wir mitreden. Das ist derzeit eine Situation, bei der man sich wirklich fragt.

Ende: 22.35 Uhr

Rainbach i.M., 07.11.2013

- Die Verhandlungsschrift liegt zur Einsicht für die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Gemeinderates auf.
- Die Verhandlungsschrift wird jeder im Gemeinderat vertretenen Fraktion mit dem Hinweis, dass es sich nicht um die genehmigte Fassung der Verhandlungsschrift handelt, übermittelt.
- Den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Gemeinderates, die an der Sitzung teilgenommen haben, steht es frei, gegen den Inhalt der Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich, spätestens in der Sitzung des Gemeinderats, in der die Verhandlungsschrift letztmalig aufliegt, Einwendungen zu erheben.
- Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung am _____ keine Einwendungen erhoben wurden.

Vorsitzender

- Mit der Beisetzung des Vermerks bzw. mit dem Beschluss über die Einwendungen gilt die Verhandlungsschrift als genehmigt.
- Anschließend ist die Verhandlungsschrift von dem oder der Vorsitzenden und je einem Mitglied der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu unterfertigen, womit das ordnungsgemäße Zustandekommen der Verhandlungsschrift bestätigt wird.

.....
Schriftführer

.....
Bürgermeister

.....
Gemeinderat

.....
Gemeinderat

.....
Gemeinderat